

Befreiung vom Faschismus

Als am 8. Mai 1945 endlich die letzte Unterschrift unter die Kapitulation der Wehrmacht gesetzt wurde, stand die deutsche Bevölkerung vor einem Trümmerfeld. Durch ganz Europa hindurch, in Nordafrika und in Asien hatten die deutschen Faschisten gewütet, Millionen Kriegstote, Massengräber und verbrannte Erde hinterlassen – sich in den Konzentrationslagern als millionenfache Massenmörder und Unmenschen in der ganzen Welt den Ruf eines einzigartig grausamen Vernichtungswillens erarbeitet. Erst die Streitkräfte der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition konnten unter schrecklichen Opfern das Ende des Krieges erzwingen. Doch dazu musste dieser Krieg erst nach Deutschland gebracht werden.

Für die überlebenden Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, Kriegsgefangenen oder als »Erbkranke« der faschistischen Euthanasie entronnenen, für die Antifaschisten in den Konzentrationslagern, den Zuchthäusern und im Exil war die Kapitulation des faschistischen Militärs eine Befreiung.

Einer großen Zahl der Deutschen, besonders alten Nazifunktionären, Militärs, Rüstungsindustriellen und anderen Kriegsprofiteuren, galt der 8. Mai 1945 allerdings als bittere Niederlage. Wie sollte mit den verbliebenen Tätern und Revanchisten umgegangen werden? Diese Frage beantworteten zuallererst die Siegermächte. Die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher führten zu Verurteilungen der aufgreifbaren Spitzenfunktionäre aus Reichskabinett, SA, SD, SS, dem Führungskorps der NSDAP sowie Generälen und dem Oberkommando der Wehrmacht.

Entnazifizierung in den Besatzungszonen

Die strafrechtliche Verfolgung weiterer Täter sowie die Entscheidung darüber, welche Ex-Bediensteten des Hitlerstaates gesellschaftlich rehabilitiert werden konnten, war eine Mammutauf-

gabe, der sich innerhalb der verschiedenen Besatzungszonen unabhängig voneinander und in unterschiedlichem Maß gewidmet wurde. Unstrittig war, dass der Aufbau eines neuen Staates nicht gänzlich ohne Einbeziehung von alten Funktionären und Fachkräften durchzuführen war.¹

Radikalkur im Osten

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde die Ermittlung und Verurteilung von Naziverbrechen und die Säuberung von Justiz und öffentlichem Dienst trotzdem sofort mit großem Ernst betrieben. In der inneren Verwaltung und Justiz entfernten die Entnazifizierungskommissionen 90% aller alten Mitarbeiter und ließen auch ihre Wiedereinstellung nicht zu.²

Bis 1946 entließ man hier 390.478 ehemalige Nazis – ihre Positionen wurden mehrheitlich mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Widerstandskämpfern besetzt.³ Die von Anfang an schärfsten Gegner der Nazis erhielten im gleichen Zuge von den vom Faschismus überfallenen Völkern den Auftrag, am Aufbau eines neuen, antifaschistischen Deutschlands zu arbeiten. Zudem sollte einer Wiederkehr des Faschismus dadurch ein Riegel vorgeschoben werden, dass man seine ökonomischen Hauptstützen brach. Der Landbesitz von Großgrundbesitzern und aktiven Nazis wurde an vormals Landlose, Kleinbauern und Umsiedler umverteilt. Banken und Großbetriebe wurden verstaatlicht, wie im Potsdamer Abkommen gefordert.⁴

Knappe Unterbrechung im Westen

Auch im amerikanischen Sektor wurde durch Fragebögen die Vergangenheit von 13 Millionen Personen durchleuchtet - wirkliche Strafen erhielten allerdings nur etwa 1%.⁵ Insgesamt konnten in den westlichen Besatzungszonen Nazikader bald wieder auf ihren alten Posten weiterarbeiten.⁶ Die Rückkehr von Altnazis in den öffentlichen Dienst stellte in den westlichen Besatzungszonen eine personale Kontinuität in den Ämtern her.⁷ Der Vorläufer des

BND, die Organisation Gehlen, wurde wie viele andere Organisationen in den Westsektoren aus Mitgliedern der Heeresabteilung Fremde Heere Ost, SS und anderen zusammengesetzt, um als Experten im Kampf gegen die Sowjetunion ihre Tätigkeit beinahe nahtlos fortzusetzen.^{8,9}



Reinhard Gehlen, Generalmajor der faschistischen Wehrmacht, später im Generalstab der Wehrmacht. Nach dem Krieg wird er Generalleutnant der Bundeswehr und baut die Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes, die Organisation Gehlen auf.

Nazis in der DDR

Nachdem mit der DDR-Gründung 1949 die Verantwortung für den Umgang mit Tätern und Mitläufern im Osten auf den Arbeiter- und Bauernstaat überging, blieb die ausgesprochene Gegnerschaft zum Faschismus ungebrochen. Die hohen Positionen des Staatsapparats waren zum Großteil von kommunistischen, liberalen und sozialdemokratischen Widerstandskämpfern besetzt. Alle anderen wurden vor Übernahme einer Funktion intensiv geprüft. Nur wem keine individuelle Schuld an Naziverbrechen nachgewiesen werden konnte, der erhielt eine Chance im neuen Deutschland.¹⁰ Wer später Falschangaben über seine Vergangenheit überführt wurde, verlor seinen Posten wieder.¹¹

Braune Brüder und Schwestern

Die Bundesrepublik erzeugte bei den Antifaschisten wenig Hoffnungen, der eigenen Verantwortung den Opfern des Faschismus gegenüber selbst gerecht zu werden. Die Personalpolitik im Westen sprach eine deutliche Sprache.

Mit dem Wiedereingliederungsgesetz wurden nicht nur die Altnazis rehabilitiert, sondern auch gleich eine Mindestquote von 20% für ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst verfügt. In Schleswig-Holstein überflügelte man diese Vorgabe mit einem Anteil von über 50%. Hier wurden auch solche Charaktere eingestellt, die in anderen Bundesländern wegen ihrer Belastung abgelehnt wurden.¹²

Unter den Bundeskanzlern, Bundespräsidenten, Ministern und Staatssekretären der BRD befanden sich Revanchisten, Rassengesetzschreiber, KZ-Kapitalgesellschaftsverwalter, bekennende SS-Verehrer, ehemalige Funktionäre aller Naziorganisationen.¹³

Verschiedene Untersuchungen belegen auch in anderen staatstragenden Bereichen eine hohe Zahl von Altnazis. 1956 waren 80% der am Bundesgerichtshof tätigen Richter schon vor 1945 in Würden. Das Auswärtige Amt bestand im selben Jahr zu 84% aus Personal des Auswärtigen Dienstes des Deutschen Reiches. Etwa 70% der 1960 in der BRD tätigen Richter und Staatsanwälte arbeiteten schon unter Hitler. 1959 waren auch alle Generäle und Admirale der Bundeswehr bereits im Krieg hohe Offiziere bei den Nazis.¹⁴ Im selben Jahr hatten im Bundeskriminalamt 45 der 47 Beamten eine Nazi-Vergangenheit.¹⁵

In diesem Klima wurde Antifaschismus unmöglich gemacht und durch reaktionären Nachwuchs in den Institutionen eine strukturelle Kontinuität mit Nazi-Deutschland hergestellt. Den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der die Auschwitzprozesse von 1963 anstieß, veranlasste diese Dominanz von Altnazis im Justizwesen zu der Aussage: »Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich Feindesland.«¹⁶

Antifaschisten und Nazis unter einem Dach?

Die umfassenden Veröffentlichungen der DDR zur Nazivergangenheit bundesdeutscher Beamter und Politiker ließen keinen Zweifel an den Zuständen im kapitalistischen Deutschland und schaden dem internationalen Ansehen der BRD. Man revanchierte sich mit

einer eigenen Liste, die zeigen sollte, dass es sich bei dem Antifaschismus der DDR um nichts weiter als einen Gründungsmythos handele.

Eine Kontinuität mit Nazideutschland gab es aber nicht. Was die BRD an Vorwürfen aufbot, maß sich sehr mager im Verhältnis zu den eigenen üppigen Naziverhältnissen.¹⁷



Vom Ministerium für Staatssicherheit dokumentiertes Hakenkreuz-Graffiti im Leipziger Raum. Nazis in der DDR: Es gab sie – und sie standen im Widerspruch zum Staat.



4. November 1989, Antifa-Gruppen demonstrieren in der DDR gegen das Erstarren der Nazis.

An der Staatsspitze der DDR saßen jene, die Zuchthäuser und KZs durchgestanden oder im Exil für die Zerschlagung des Faschismus gearbeitet hatten. Die Ernsthaftigkeit, mit welcher der Antifaschismus im Osten angegangen wurde, zeigte sich auch kurz nach der Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) noch einmal deutlich. Bis Ende der 50er Jahre wurden fast alle der wenigen ehemaligen Wehrmachtsoffiziere, die zu Anfang noch zum Aufbau der Streitkräfte gebraucht wurden, schrittweise aus der NVA entlassen.¹⁸ Das Ministerium des Innern und die Staatssicherheit ermittelten bis 1990 weitere Naziverbrecher und machten ihnen den Prozess.¹⁹

Überhaupt war die DDR um ein gesellschaftliches Klima des Antifaschismus bemüht: Antifaschisten waren die nationalen Heldenfiguren, der antifaschistische Widerstand hatte einen festen Platz in Kultur und Organisationen.

Neonazis und Alltagsrassismus

Auch wenn die DDR einer Wiederkehr des Faschismus auf ihrem Gebiet bis zu ihrer Annexion umfassend die Grundlagen entzog, konnte sie in den 40 Jahren ihres Bestehens nicht alle ideologischen Elemente des Faschismus abschaffen. Es kam auch in der DDR zu typisch rechtsextremen Straftaten. Gerade in den 80er Jahren gab es außerdem in Jugend-Subkulturen und Gruppen von Fußball-Hooligans auch Neonazis, die in Kleingruppen konspirativ agierten. Denn neben Verhaftungen durch die Volkspolizei setzte das Ministerium für Staatssicherheit Ende der 80er Jahre auf eine breite Maßnahmenpalette gegen Neonazi-Skinheads: Auflösung ihrer Treffpunkte, Outings, Unterbrechung der Kontakte zu rechten Westkontakten und intensivere Abstimmung der Sicherheitsorgane.²⁰

Junge Neonazis in der DDR waren in ihrer politischen Weltanschauung klar rassistisch, nationalistisch, antisemitisch und sozialchauvinistisch eingestellt, sie orientierten sich am Hitler-Faschismus. Dabei entwickelten sie diese Überzeugungen in klarer Ablehnung der politi-



Verteilung von REPs-Plakaten auf einer Montagsdemo in Leipzig im Herbst 1990. Nazis wittern Morgenluft nach dem Anschluss der DDR. Mit massiver Einflussnahme auf die Prozesse in der DDR nach der Öffnung ihrer Staatsgrenze will man verstärkt im Osten Strukturen errichten. Dass die Volkskammer der DDR die Partei »Republikaner« auf dem Gebiet der DDR verbietet, kann deren Ausbreitung nicht mehr verhindern. Mit dem Ende der DDR wird das Verbot aufgehoben.

schen Leitlinien des Staates: Sozialismus, Antifaschismus, internationale Solidarität.²¹ Folgerichtig zeigten Neonazis in der DDR auch eine Hinwendung zur BRD. Für sie war die Hoffnung auf eine Deutsche Einheit mit der Hoffnung auf einen neuen Anlauf zur deutschen Vorherrschaft in der Welt verbunden.

»Dem Adolf Hitler haben wir's geschworen, und Adenauer reichen wir die Hand.«²² (1961 von Azubis in Dessau umgedichtetes Lied)

Gerade rechtsradikale Skinheads in Berlin standen in gutem Kontakt zu Westberliner Neonazis, durch welche sie mit Musik und Propagandamaterial rechtsextremer BRD-Parteien versorgt wurden, das in der DDR natürlich verboten war. Damit nahmen sie regen Anteil am Aufbau dieser Szene.²³ Zudem wurden in der DDR inhaftierte Neonazis häufig von der BRD freigekauft und nahmen ihre Tätigkeiten im Westen wieder auf. Nach dem Mauerfall kehrten viele in den Osten zurück und bauten rechtsradikale Netzwerke auf. So wurde beispielsweise der Cottbuser Frank Maik Hübner 1984 inhaf-

tiert, weil er versuchte, eine Wehrsportgruppe zu gründen. Als »politischen Häftling« kaufte ihn die BRD frei. Nach dem Mauerfall kehrte Hübner nach Cottbus zurück, baute die »Deutsche Alternative« auf²⁴ und war an der Initiation pogromartiger Übergriffe auf Asylbewerberheime in Cottbus beteiligt.²⁵

Neonaziorganisationen wurden in der DDR verfolgt und rigoros bestraft. Mordserien faschistischer Terrorgruppen, mitfinanziert^{26,27} und vertuscht²⁸ durch Geheimdienst oder Justiz, waren undenkbar. Umso mehr war das Ende der DDR für Neonazis in Ost wie West ein Befreiungsschlag. Legale Naziparteien, die Millionen an Staatsgeldern erhalten,²⁹ rassistische Massenaufmärsche unter Polizeischutz und die Pogrome der 90er Jahre sind Phänomene, die gerade aus der Zerstörung dessen resultieren, was in der DDR so stabil war: Antifaschismus und soziale Absicherung. Umso perfider ist der Versuch, rechte Entwicklungen im Osten zur Altlast des einzigen antifaschistisch-demokratischen deutschen Staates und seiner heute herabgewürdigten Bürger zu erklären.